

Wider die Schwarzarbeit sowie Sozial- und Lohndumping

Das Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur hat die Vernehmlassung zum Vorentwurf der Änderung des Ausführungsgesetzes zum Entsendegesetz und zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit eröffnet. Mit dem Gesetzesvorentwurf sollen die Schwarzarbeit, Wettbewerbsverzerrungen sowie Lohn- und Sozialdumping effizienter bekämpft werden. Insbesondere im Kontext einer immer schnelleren Entwicklung der neuen Informationstechnologien und damit einhergehend der Datenschutz-Gesetzgebung sind diese Anpassungen notwendig.

Der Gesetzesentwurf sieht Möglichkeiten vor, Informationen über vermutete Straftaten durch die zuständigen Stellen zu sammeln, einleitende Untersuchungen und Beobachtungen vor Kontrollen durch Beschäftigungsinspektoren durchzuführen, die Arbeiten sofort zu unterbrechen, wenn eine Person oder ein Unternehmen der Kontrolle widerspricht oder die Zusammenarbeit verweigert wird, sowie die Vereinfachung und Formalisierung des Informationstransfers zwischen den Behörden und den für Kontrollen und Sanktionen zuständigen Stellen.

Ich begrüsse es, dass die nicht gemeldete Erwerbstätigkeit sowie das Sozial- und Lohndumping wirksamer bekämpft werden soll, indem den zuständigen Stellen zusätzliche und angemessene Ermittlungsressourcen zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wird die Einhaltung der Grundsätze des Datenschutzes und der Transparenz sowie der Wahrung der Privatsphäre gewährleistet. Die Gesetzesanpassungen zielen darauf, die Betrüger weiter abzuschrecken und gleichermassen die Sozialversicherungen sowie die Behörden zu stärken. Dieser Gesetzesvorentwurf trägt dazu bei, die deklarierten Umsätze zu steigern und somit die Einnahmen der Steuern und Sozialabgaben zu erhöhen sowie die Anzahl schwarzarbeitender Angestellter mit prekären Verhältnissen zu verringern.